

Jörg Kündig, Sie haben im vergangenen Herbst im «Zürcher Oberländer» vor dem akuten Mangel an Behördenmitgliedern gewarnt. Letztlich sind in den Gemeinden nun aber im Grossen und Ganzen ausreichend Kandidaten vorhanden. Haben Sie übertrieben?

Es war gerade mein Ziel, die Leute ein wenig aufzuschrecken und auf die Problematik aufmerksam zu machen. Ich habe das in diesem Interview und bei anderen Gelegenheiten getan. Das hatte den erhofften Effekt und hat, unter anderem, möglicherweise dazu geführt, dass nun genügend Leute zur Verfügung stehen. Es wäre aber falsch, anzunehmen, es sei alles in Ordnung. Es handelt sich um einen schwelenden Prozess, der sich auswirkt - aber langfristig.

Was ist für Sie die Ursache des Kandidatenmangels?

Hauptverantwortlich ist die Individualisierung. Sich für das übergeordnete, gemeinsame Interesse einzusetzen, hat an Wert verloren. Die Belastung im Beruf ist auch deutlich grösser als früher, gerade für Kadermitarbeiter – jene Leute, die man gerne in einer Exekutive sieht. Wer einen guten Job im Geschäft macht, würde auch einen guten Job in der Miliz machen. Dabei gilt es aber auch, den höheren Stellenwert der Work-Life-Balance zu berücksichtigen.

Teilen Sie die Einschätzung, wonach das Verständnis auch bei den Firmen abgenommen hat?

Es gibt auch positive Beispiele, wie die ZKB oder die Swisslife. Aber leider vermitteln viele Firmen den Eindruck, das Engagement sei nicht gewünscht. Das Verständnis beispielsweise für Abwesenheiten ist klein. Und wenn sich jemand bewirbt, gilt ein Engagement in einer Behörde zu wenig als Referenz oder Zusatzqualifikation.

Wie kann man dem entgegenwirken?

Denkbar wäre, dass die Arbeitgeber aus einem Topf für Abwesenheiten von Mitarbeitern entschädigt werden - analog dem Erwerbsersatz für den Militärdienst. Das wäre allerdings mit Kosten für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbunden.

Ist ein Amt überhaupt noch attraktiv?

Die Aufgabe ist eindeutig komplizierter geworden, der Umgangston rauer, aber die Aufgabe ist unverändert attraktiv. Wichtig ist, dass das Tagesgeschäft klar bei der Verwaltung liegt. Ein Exekutivpolitiker sollte die Rolle eines VR-Präsidenten einnehmen und nicht jene des CEOs.

Schaffen höhere Entschädigungen Abhilfe?

Bis zu einem gewissen Grad. Die Frage ist, ob sie mehrheitsfähig sind. Noch immer ist die Meinung weit verbreitet, man übe ein Amt aus, um zu dienen - und nicht um zu verdienen. Es gäbe andere Wege. Beispielsweise könnte man junge Leute motivieren, indem sie sich ein Behördenengagement in ihrem Studium in Form von Punkten anrechnen lassen könnten. Man lernt in einem Amt einiges: Es geht unter anderem um Führungsfragen, politische Organisation, Mediation.

Im Kanton St. Gallen sind die meisten Gemeindepräsidenten fest angestellt. Was halten Sie von diesem Modell?

Ich persönlich sehe Fragezeichen bei der Unabhängigkeit, vor allem in der Aussenwirkung. Stünde beispielsweise eine Auseinandersetzung mit dem Kanton an, hiesse es in der Bevölkerung über den Gemeindepräsidenten rasch, er sei beim Staat angestellt. Das würde ich nicht wollen. Aber es ist ein Szenario, das auch im Kanton Zürich nicht unvorstellbar ist.

Der status quo setzt auf das freiwillige Engagement. Rückt man davon ab, führt das zwangsläufig zu mehr Aufgaben für die öffentliche Hand. Stört Sie das als Liberaler nicht?

Es wäre Augenwischerei, zu glauben, man könne heute Gemeinderat sein, sich in zahlreichen Gremien engagieren und nebenbei einem geregelten Job nachgehen. Man muss die Leute, die sich engagieren,

unterstützen und die richtigen Anreize setzen. Wenn sie irgendwann nicht mehr zur Verfügung stehen, wird es für den Staat teuer - definitiv teurer als heute.